

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

F/XXVIII/162

24. August 1973

Die Kinder in der Stadt

Spiel ist ein Weg zur Erkenntnis der Welt

Von Ilse Reichel

Senatorin für Jugend und Sport von Berlin

Seite 1 und 2 / 66 Zeilen

Scheideweg-Entscheidung für die "Union"

Entwicklungshilfe auch an afrikanische Befreiungsbewegungen

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit in der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 69 Zeilen

Entspannungspolitik und Kultur

Überlegungen zur Zukunft der "Einmischer"

Von Dr. Olaf Schwancke MdB

Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates

Seite 5 und 6 / 97 Zeilen

Die Kinder in der Stadt

Spiel ist ein Weg zur Erkenntnis der Welt

Von Ilse Reichel

Senatorin für Jugend und Sport von Berlin

Viele Kinder haben auch in diesem Jahr in den Ferien zu Hause bleiben und in ihrer Stadt nach Spielmöglichkeiten suchen müssen, die nicht allzu zahlreich vorhanden sind. Die zunehmende Bebauung und die steigende Verkehrsdichte haben den Spiel- und damit den Lebensraum für Kinder in einem besorgniserregenden Maße eingeschränkt.

Die Bedeutung des Spiels für eine gesunde personale und soziale Entwicklung des Kindes ist heutzutage so unbestritten, daß eine nochmalige Erörterung nahezu überflüssig erscheint. So unterschiedlich die Akzente der kritischen Aussagen zu dieser Frage auch immer gesetzt sein mögen, so ist ihnen doch die Erkenntnis gemeinsam, daß die Chance, spielen zu können, für die Entwicklung aller Kräfte im Kind ebenso entscheidend ist, wie seine Versorgung mit Nahrung, Kleidung und Wohnraum.

Viele Probleme, mit denen wir uns heute bei Jugendlichen auseinandersetzen haben, - Aggressivität, Dissozialität und Kinderkriminalität - müssen im Zusammenhang gesehen werden mit der Gedankenlosigkeit und Lieblosigkeit, die Erwachsene Kindern gegenüber zeigten und - leider - vielfach auch noch zeigen.

Für viele Kinder ist der Alltag durch Verbote und Disziplinierung bestimmt: Abgearbeitete Eltern, die keine Zeit haben; zu kleine Wohnungen, die kein Spielen erlauben; Verbote, auf dem Rasen am Haus zu spielen; lebensgefährlicher Verkehr auf der Straße und Leistungsdruck in der Schule - das alles sind nur einige der schon oft ausgesprochenen Probleme. Die Notwendigkeit von Verbesserungen ist eindeutig, die Möglichkeiten sind beschränkt. Geld-, Boden- und Personalknappheit sind aber keine

unbeeinflussbaren Sachzwänge, sondern stehen stets im Zusammenhang mit der jeweiligen Gesellschaftsform und ihrer Art, Vorrangigkeiten festzulegen. Die Knappheit der Mittel ist das Ergebnis politischer Verteilungsvorgänge.

So ist eines gewiß: Es läßt sich nur dann etwas voranbringen zu mehr Gerechtigkeit und Humanität, zu mehr "Lebensqualität", wenn sich in der Gesellschaft selbst, an ihrer Basis etwas regt - wenn die Bürger selbst für die Interessen der Benachteiligten und Schwächeren eintreten. In den letzten Jahren hat sich nach und nach so etwas wie eine Kinderlobby herausgebildet. Hierbei handelt es sich um vielfältige Initiativen, die sich oftmals gegen zahlreiche Widerstände und egoistische Interessen mit viel Engagement und Idealismus bemühen, die Situation der Kinder in den Städten zu verbessern. Ich denke an die vielen Bürgerinitiativen, die sich oft unter recht schlichten Bedingungen z.B. für mehr und bessere Spielplätze oder kleinere Grundschulklassen einsetzen.

Bei allen Anstrengungen, die zur Verbesserung der Entfaltungs- und Spielmöglichkeiten der Kinder unternommen werden, ist die wichtigste Frage, welcher Art diese Verbesserungen sind, wohin sie führen sollen. Spiel ist der Weg der Kinder zur Erkenntnis der Welt, in der sie leben und die zu verändern sie berufen sind. Uns kann nicht daran gelegen sein, Kinder immer wieder die gleichen Spielbefehle ausführen zu lassen, sie zum Stillstehen und Gehorchen ohne Frage zu erziehen. Kinder müssen schöpferisch tätig sein, ihre Möglichkeiten ausprobieren, fragen und verstehen können. Disziplin muß aus der Einsicht in Zusammenhänge von Interessen und Sachnotwendigkeiten folgen - nicht auf Befehle.

Das ist die große Aufgabe, vor allem der pädagogischen Mitarbeiter, denn erst ihr Verhalten und Vorbild wird das Angebot pädagogisch wertvoll machen und ein soziales Lernfeld entstehen lassen, das in Richtung zu mehr Gerechtigkeit und mehr Humanität führt. Um selbständige und sozial denkende Kinder zu erziehen, müssen die Erwachsenen selbst sozial denken und selbständig handeln können.

Bei allen Angeboten muß im Kind vor allem der künftige Bürger und Mitarbeiter gesehen werden, der selbständig und verantwortlich Phantasie entfalten soll: nicht nur im Eigeninteresse, sondern im Gesamtinteresse seiner Mitmenschen.

(-/24.8.1973/sq/ex)

+ + +

Scheideweg-Entscheidung für die "Union"

Entwicklungshilfe auch an afrikanische Befreiungsbewegungen

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe wirtschaftliche
Zusammenarbeit in der SPD-Bundestagsfraktion

Die Reaktion eines Teils der politischen Öffentlichkeit auf den Besuch einer FRELIMO-Delegation aus Mozambique in Bonn muß jeden, für den demokratische Prinzipien mehr sind als bequeme Formeln für den internen Gebrauch, gründlich erschreckt haben. Gewichtige Stimmen aus dem Bereich konservativer Massenmedien, aber auch aus der CDU/CSU-Opposition haben es für richtig gehalten, offen die Partei der Kolonialmacht Portugal zu ergreifen. Ganz unverhohlen übernehmen Männer wie der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Werner Marx, und der CSU-Abg. Hans Roser, seines Zeichens evangelischer Pfarrer, die regierungsamtliche Position der Portugiesen. Eine Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegungen in den portugiesischen Kolonien ist demnach "Einmischung in die inneren Angelegenheiten Portugals", die Freiheitsbewegungen werden zu radikalen Terrororganisationen gestempelt.

Auch wenn man einräumt, daß es eine legitime außenpolitische Rücksichtnahme auf den NATO-Partner Portugal gibt, kann eine solche Perversion fundamentaler Grundsätze der Demokratie nicht hingenommen werden. Würde man der Argumentation von Dr. Marx folgen, so wäre etwa jede Kritik an den Ereignissen von 1968 in der ČSSR eine "Einmischung in die inneren Angelegenheiten" des sog. sozialistischen Lagers. Pfarrer Roser wird sich fragen lassen müssen, wo denn sein Protest gegen die andauernde Gewaltanwendung seitens der portugiesischen Gruppen bleibt, wenn ihm doch "Gewalt und Gewaltandrohung" durch die Unabhängigkeitsbewegungen angeblich so zuwider sind. Alle Maßstäbe werden hier auf den Kopf gestellt: Nicht der gewalttätige Unterdrücker wird angeklagt, sondern der Unterdrückte, der es wagt, sich zu wehren - notfalls auch mit Gewalt.

Es ist zu hoffen, daß die Stimmen, die bisher aus dem christdemokratischen Lager zu diesem Thema zu hören waren, nicht die

Meinung der gesamten CDU/CSU wiedergeben, insbesondere, weil die beiden christlichen Kirchen hier eine ganz andere Haltung einnehmen.

Für die praktische Politik könnte dies bedeutsam werden, wenn es in naher Zukunft um die Frage geht, ob und in welcher Weise die Befreiungsorganisationen, die zum Teil bereits beträchtlich Territorien in den portugiesischen Kolonien kontrollieren, bei ihren Bemühungen, diese Landstriche zu entwickeln, durch uns unterstützt werden können. Mir scheint, daß es aus entwicklungspolitischer, aber auch aus gesamtpolitischer Sicht keinen Hinderungsgrund gibt, für die befreiten Gebiete Entwicklungshilfe zu leisten. Hierzu verpflichtet uns als zukünftiges UN-Mitglied nicht zuletzt die am 14. November 1972 von der Vollversammlung verabschiedete Resolution.

Nach jahrhundertelanger Vernachlässigung der betreffenden afrikanischen Gebiete durch die Portugiesen machen dort die Befreiungsbewegungen den Versuch, mit der Einrichtung von Schulen und Krankenhäusern die Bildungs- und Gesundheitsbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen und - vor allem im agrarischen Bereich - eine Umstellung von Subsistenzwirtschaft auf Vermarktungswirtschaft herbeizuführen. Dies alles sind Unterfangen, die für die Entwicklung der Bevölkerung von großer Bedeutung sind.

Bundestag und Bundesregierung, insbesondere der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, sind aufgerufen zu prüfen, in welcher Weise derartige Projekte durch deutsche Entwicklungshilfe gefördert werden können. Spätestens nach der bevorstehenden Unabhängigkeitserklärung Guinea-Bissaos durch die PAIGC wird diese Frage akut werden. Dann wird sich zeigen, ob zumindest die Entwicklungspolitiker innerhalb der CDU/CSU fähig sind, sich aus der abendländisch-kolonialistischen Verklammerung zu lösen, in die sie einige ihrer Sprecher offensichtlich hineinzwängen wollen.

(-/24.8.1973/ks/ee)

+ + +

Entspannungspolitik und Kultur

Überlegungen zur Zukunft der "Einmischer"

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarats

Bundeskanzler Willy Brandt hatte den bundesdeutschen Versöhnungs-Prozeß von "Geist und Macht" mit einer bedeutsamen Erklärung vor dem Stuttgarter Schriftstellerkongreß 1970 eingeleitet; er hatte dann konsequenterweise auch in seiner zweiten Regierungserklärung im Januar dieses Jahres wieder das Verhältnis von Kultur und Politik reflektiert, um schließlich zu Recht zu konstatieren: "Für alle Kunst ist der Weg in die Politik kürzer geworden!"

Von dem vierten Kanzler dieser Republik hört man andere Töne und erwartet bessere Taten über und für Schriftsteller und Künstler als von seinen Vorgängern - von Konrad Adenauer, dessen rigide Schelte der 18 Göttinger Atomgegner nicht vergessen ist, und namentlich von Ludwig Erhard, der Schriftsteller und Intellektuelle im Wahlkampf als "Pinscher" diffamierte. Willy Brandts Bekenntnis vor den Schriftstellern, daß die Politik sie als "Interpreten des Menschen" brauche, war kein schöner Gefälligkeitsakt des Staatsmannes an gesellschaftlichen Unterprivilegierte, sondern ein in der inhaltlichen Konkretisierung über den Augenblick hinaus reichendes Politikum. Mit dem Satz "Politik braucht den Schriftsteller, weil er der Gesellschaft Bilder vermittelt, die auch von politischer Relevanz" sind, hatte er derzeit zugleich den Appell verbunden, ihn in seiner Friedenspolitik im Kampf gegen "Ignoranz" und gegen die "Demagogen bekannter Machart, die unablässig Verleumdungen und Hetze gegen diese notwendige Politik" setzen, zu unterstützen.

Brandts Appell wurde vernommen und befolgt: Die in der bundesrepublikanischen Gesellschaft veränderte allgemeine politische Bewußtseinslage, die sich nicht zuletzt in dem Wahlergebnis vom November 1972 widerspiegelte, ist auch das Werk von Schriftstellern und Künstlern, von Wissenschaftlern und vielen anderen Intellektuellen. Schließlich hat diese deutsche Entwicklung, die Friedenspolitik mit ihren Konkretionen der Ostverträge und des Grundlagenvertrages mit der DDR, die sich auf dem Hintergrund weltweiter Entspannungspolitik vollzog, mit dazu beigetragen, daß die "Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)" in Helsinki möglich wurde.

Können nun die Schriftsteller mit dem, was sich im Zuge der von ihnen so intensiv geforderten und geförderten "entspannten Koexistenz" in Ost und West vollzieht, zufrieden sein? Dürfen sie es? Gerade in den letzten Monaten hat sich in den verschiedenen bi- und multilateralen Verhandlungen immer wieder gezeigt, daß sich für Fragen der Ökonomie, selbst der militärischen Sicherheit, zwischen den "Blöcken" beiderseits zwar noch nicht definitive Lösungen, wohl aber doch Arrangements finden lassen - hingegen für kulturpolitische Probleme, wenn man sie nicht auf bloßen Kultur-Austausch reduziert ("Schwanensee" vom Mosakauer Bolschoj-Theater in Stuttgart und

"Kabale und Liebe" vom Hamburger Schauspielhaus in Leningrad),
keine!

Die Konferenz von Helsinki hat die politischen Schwierigkeiten, Kultur - und das heißt: freies Wirken des Künstlers ebenso wie ideologisch unzensuriertes Kunstwerk - und Entspannungspolitik zwingend miteinander zu verbinden, deutlich gemacht. Die im Europarat entwickelten Forderungen, Bewegungsfreiheit von Menschen, Informationen und Ideen überall über nationale und ideologische Grenzen hinweg zu gewährleisten, sind keineswegs voll durchgedrungen. Mit der Beharrung auf die "Nichteinmischung in nationale Probleme" und in die "innerstaatliche Ordnung" - "law and order" werden international repressiv gehandhabt - sind stets Vorwände gegeben, die eigentliche Probe auf das Entspannungs-Exempel auszusetzen. Gegenwärtige stalinistische und faschistische Restriktionen von Schriftstellern und Wissenschaftlern in der Tschechoslowakei, der Sowjetunion und in der DDR, nicht minder in Griechenland, Spanien, Portugal und der Türkei sind leider immer noch an der Tagesordnung.

Günter Grass hat auf dem Florenzer Symposium des Europarats über die "Meinungs- und Ausdrucksfreiheit des Künstlers in unserer Gesellschaft" gesagt, daß Kulturpolitik stets "das Stiefkind am Rande und das Kompromißfutter gefräßiger Interessenpolitik" sei: "im Westen aus technologischer Verblendung unterschätzt" und "im Osten aus ideologischer Engstirnigkeit überschätzt". Allerjüngst hat erst Heinrich Böll mit seinem öffentlichen Protest gegen die erneute Inhaftierung des sowjetischen Schriftstellers Andrej Amalrik die ganze Wut der Sowjetpresse, schnell sekundiert von der der DDR, auf sich gezogen: in seine eigene Art von "Entspannungspolitik" möchte man sich nicht hineinreden lassen! Nun ist er, der Bestseller-Autor, auch in den sozialistischen Ländern zunächst ein "Imperialist", ein "Kleinbürger" - kurz: ein Entspannungsfeind! Die Forderung Alexander Solschenizyns an die Literatur, wer wird sie dort erfüllen können?: "Die Literatur hat den Schmerz und die Unrast der Gesellschaft" darzustellen und "rechtzeitig vor den sozialen und moralischen Gefahren" zu warnen, die jeweils und stets systemimmanent sind.

Die Aufgaben der "Interpreten des Menschen" werden schwieriger, aber leider nötiger denn je: An sie stellt das anbrechende Zeitalter weltweiter Entspannung größere Anforderungen als es das der aktiven Konfrontation erforderte. Wenn die sprachlich Sensibilisierten schweigen, würden Menschen verlernen, zwischen dem, was ist und dem, was menschlich möglich wäre, zu unterscheiden. Ich meine den Zustand, den Marcuse zurecht den der "vollendeten Babarej" genannt hat. Sie werden nicht schweigen und müssen zu weiterem Tun auch von den Politikern ermutigt werden: Der "Einmischer" Heinrich Böll, der "Politik-Trommler" Günter Grass, der Liedermacher Wolf Biermann - nicht zu reden von dem Griechen Mikis Theodorakis, dem Russen Vladimir Bukovsky, dem Spanier Cucurull, dem Kroaten Vlado Gotovac, dem Paraguaner Ruben B. Seguirer, dem Uruguayer Jorge Musto, dem ungenannten Tschechen, Türken, Brasilianer und Portugiesen und vielen hundert anderen. Sie werden dazu beitragen, daß die Herrschaftsmethoden feudal-kapitalistischer und bürokratisch-kommunistischer Mächte eines nicht zu fernen Tages durch die Humanität eines demokratischen Sozialismus abgelöst werden. (-/ 24.8.1973/ks/ex)